

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und geleseste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Baugen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Wöchentliche Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt. — Geschäftsstelle: Bischofswerda, Ullmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

**Verkaufsweg:** Jeden Sonntag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 2.25, bei Zustellung ins Haus monatlich 2.25, durch die Post bezogen vierteljährlich 8.00 — ohne Zustellungsgebühr. Die Postämter, Postboten, sowie Zeitungsträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postfach-Nr.:** Amt Leipzig Nr. 21543. — **Gemeindeverbandsbezirk:** Bischofswerda Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis:** Die 6-spaltige Grundzeile (Zm. 14) oder deren Raum 90 Hg., örtliche Anzeigen 60 Hg. Die 4-spaltige Zeile (Zm. 14) 220 Hg., die 3-spaltige Zeile (Zm. 14) 220 Hg., die 2-spaltige Zeile (Zm. 14) 220 Hg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 303.

Mittwoch, den 29. Dezember 1920.

75. Jahrgang.

## Millionenverluste der Reichsfettstelle. 100000 Zentner Butter verdorben.

Berlin, 27. Dezember. (Priv.-Tel.) Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Butterzwangswirtschaft in Deutschland schon seit Monaten nur noch auf dem Papier besteht und daß in Wirklichkeit von der im Inland hergestellten Butter noch nicht einmal 15 Prozent erfaßt werden. Um so eigenartiger erscheint es, daß die Reichsfettstelle trotz der Not an Butter und Schmalz die von ihr vermittelten Waren durch unsachgemäße Behandlung verderben läßt.

Vor einigen Wochen kaufte die Reichsfettstelle im Ausland, in Dänemark und Holland große Mengen von Butter zum Preise von 32 bis 34 Mark ein. Etwa 100 000 Zentner Butter wurden in Leipzig in den dortigen Kühlhäusern gelagert. Beim Einlauf der Butter bediente sich die Reichsfettstelle nicht der Fachleute, sondern ließ zum Teil durch ausländische Mittelspersonen die Einkäufe vornehmen. Inzwischen hat sich die Zwangsbeschaffung der Butter in Deutschland so gelockert, daß kaum noch 15 Prozent der abzuliefernden Mengen von den Fettstellen erfaßt werden konnten. Berlin hat beispielsweise seit Monaten

überhaupt keine frische Inlandbutter mehr erhalten. Die Reichsfettstelle wollte nun von ihren Vorräten in Leipzig Ware nach Berlin bringen, um sie hier auf Karten zu verteilen. Beim Öffnen der Fässer entdeckte man jedoch, daß die in Leipzig lagernde Butter

handhoch mit Schmutz und Schimmel bedeckt und die Ware verdorben war. Die Butter-Großhändler, welche die Verteilung an den Kleinhandel leiten, weigerten sich natürlich, derart verdorbene Butter abzunehmen.

Die Reichsfettstelle, die die Ware nun nicht loszuwerden vermag, entschloß sich deshalb, die Ware mit Verlust abzugeben und bot die Butter den Großhändlern zum Preise von 32 Mark an, verlor also an der einen Seite 10 Millionen Mark. Die Fachleute erklärten, nachdem Proben chemisch untersucht worden waren, daß die Verluste der Reichsfettstelle noch erheblich größer werden würden, da man die obere Lage Butter in den Fässern, die mit Schimmel durchsetzt sei, überhaupt nicht verwenden könne und daß der Rest ausgewaschen und mit Maschinen bearbeitet werden müsse, wobei natürlich weitere Verluste entstünden. Die Bearbeitung der Butter würde etwa 4 Mark pro Pfund, bei einer Gesamtmenge von 100 000 Zentner

30 bis 40 Millionen Mark betragen. Die Reichsfettstelle wird sich zu dieser Angelegenheit zweifellos äußern müssen. Bei dieser Gelegenheit werden der Reichsfettstelle aber von den Fachleuten schwere Vorwürfe gemacht. Im Frühjahr d. J. herrschte in Dänemark ein derartiger Überfluß an Butter, daß Dänemark dem deutschen Handel Frischbutter mit 12 Mark pro Pfund anbot. Die Vorräte waren derart groß, daß die Dänen unter allen Umständen Butter abstoßen mußten. Die Reichsfettstelle wäre an sich bereit gewesen, zu dem außerordentlich günstigen Preis große Mengen Butter zu kaufen, schloß jedoch auf Anraten ihrer volkswirtschaftlichen Berater das Geschäft nicht ab, sondern bezahlte einige Monate später, als Dänemark mit England einen langfristigen Liefervertrag abgeschlossen hatte, in den Butter-Exportländern 32 bis 36 Mark für dieselbe Ware, die sie im Frühjahr für den dritten Teil des Preises hätte haben können. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß diese Haltung der Reichsfettstelle auch auf den Einfluß des holländischen Barments zurückzuführen ist, über dessen Tätigkeit bei der Einfuhr ausländischer Waren noch mancherlei zu sagen sein wird.

## Erwerbslosenunruhen in Breslau.

Breslau, 27. Dezember. (W. L. B.) Im Anschluß an eine Arbeitslosenversammlung auf dem Schloßplatz, die von der kommunistischen Partei gegen den Willen der Gewerkschaften und des Erwerbslosenrates einberufen worden war, wollten die Teilnehmer nach dem Rathaus ziehen, obwohl der Polizeipräsident Umzüge verboten hatte. Die Menge griff die zum Schutze des Rathauses bereitgestellten Polizei an. Nachdem diese Schreie abgeben hatte, zerstreute sich die Menge. Durch zurückgebliebene Kugeln wurden einige Personen verwundet. Eine ist ihren Verletzungen erlegen. Mehrere Beamte wurden durch Schläge und Steinwürfe verletzt. Vor dem Rathaus fanden später noch Ansammlungen statt, die nach Verhaftung einiger Personen zerstreut wurden.

## Polen vor einer Hungersnot.

Berlin, 28. Dezember. (Priv.-Tel.) Auf das Schreiben des englischen Komitees an die polnischen Delegierten auf der Böhmerwaldkonferenz in Genf, in dem auf die Verfolgung und Bedrückung der Juden in Polen hingewiesen wurde, antworteten die beiden polnischen Delegierten in einem ausführlichen Schreiben, das nach dem „Berl. Tageblatt“ u. a. folgende Stellen enthält: Die Unsicherheit wird nicht nur von der jüdischen Bevölkerung empfunden. Die wirtschaftlichen Bedingungen in Polen sind höchst beunruhigend. Etwa 40 Prozent der diesjährigen Ernte sind von den eingedrungenen Feinden zerstört oder weggenommen worden. Die Nahrungsmittel sind knapp. Hungersnot bedroht unsere Städte.

## Kriegschiebungen der polnischen Bergämter.

Berlin, 28. Dezember. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Breslau ist man in der Hauptdirection der polnischen Bergämter riesigen Schiebungen auf die Spur gekommen. So sollten nicht nur die Maschinen der Salinen von Bochnia, sondern auch die der Kohlengruben in Kalusz und Delatyn, ja sogar die der noch unausgebeuteten Krakauer Kohlenbeden, die der galizische Landesauschuss vor dem Kriege für 25 Millionen gekauft hat, verschoben werden. Es steht eine parlamentarische Untersuchung bevor.

## Frankreichs Gewaltpolitik.

Paris, 27. Dezember. (W. L. B.) Der Berichterstatter des Kammerauschusses für auswärtige Angelegenheiten, Danielou, schreibt im „Clair“ zu der Erklärung Lardieus in der Kammer vom 24., wonach die Dauer der Besetzung des linken Rheinufers nicht begrenzt werden dürfe: Es ist Pflicht der französischen Regierung, die alliierten und assoziierten Signatarmächte des Versailler Vertrages davon in Kenntnis zu setzen, daß die versprochenen Sicherheiten gegen einen nicht herausgeforderten Angriff von Seiten Deutschlands nicht genügen. Wir vertrauen zu sehr auf die Loyalität des britischen und des amerikanischen Volkes, um auch nur einen Augenblick zu glauben, sie könnten sich nicht mit uns in dem Verlangen an die Signatarmächte zusammenfinden, sie möchten bestimmen, daß die einseitige Bürgschaft Deutschlands gegenüber, die uns gegeben werden kann, darin besteht, daß die Dauer der Besetzung nicht begrenzt werde. Danielou schließt mit der Aufforderung an die Regierung, sie möge handeln.

## Frankreich erstickt im Kohlenüberfluß.

Wie die L. u. aus Berlin meldet, hat die belgische Regierung erklärt, weitere aus Deutschland in Erfüllung des Kohlenabkommens von Spa kommende Kohlenlieferungen nicht mehr annehmen zu können, da die französischen Bahnhöfe bereits jetzt mit Kohlenzügen derart verstopft seien, daß eine Weiterleitung neuer Sendungen unmöglich ist.

Eine Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor. Ist sie richtig, so würde sie nur belegen, was deutsche Fachleute längst vermutet haben, daß nämlich auf die Dauer der Abtransport der ungeheuren Kohlenmengen mit den vorhandenen Verkehrsmitteln nicht möglich ist, und wenn heute die Nachricht noch nicht zutreffen sollte, so ist doch in absehbarer Zeit mit starken Abtransportschwierigkeiten zu rechnen. Deutschland aber leidet schweren Kohlenmangel. Wieder müssen wir auf die Kundgebung der letzten Tagung der schifflichen Industriellen verweisen in der auf das entscheidendste dargelegt wurde, daß die deutsche Industrie Lasten, wie sie das Abkommen von Spa uns auferlegte, auf die Dauer nicht tragen kann. Es müßte Aufgabe unseres Delegierten in Brüssel sein, bei der Besprechung der Naturalentschädigung den Nachweis zu erbringen, daß Frankreich besser fährt, wenn es die deutsche Industrie insandfakt, möglichst viel zu arbeiten, als wenn es ihr die Voraussetzungen der Produktion entzieht.

## Die Besetzung Fiumes durch italienische Regierungstruppen.

Wie bereits gestern gemeldet, sind italienische Regierungstruppen in Fiume eingezogen. Das italienische Unter-

nehmen gegen die Regentenschaft d'Annunzios über Fiume entwickelt sich sehr programmatisch. Nach der Rede Giolittis in der italienischen Kammer, in der er äußerte, daß „Patriotismus nicht zum Bürgerkrieg“ führen dürfe, war zu erwarten, daß das militärische Unternehmen gegen den unbotmäßigen Literaturpolitiker in den schonendsten Formen durchgeführt würde. So ist es gekommen. Die „Kämpfe vor Fiume“ haben den Rahmen eines mittleren Polizeimilitärs kaum überschritten und dennoch sind die italienischen Regierungstruppen bereits in Fiume. Der heldenhafteste Widerstand der Legionäre d'Annunzios ist ausgeblieben, das Abenteuer nimmt ein unrühmliches Ende. Man wird also mit den Tatsachen zu rechnen haben, daß in den nächsten Tagen Fiume von der Regentenschaft d'Annunzios „befreit“, und an ihre Stelle die „vorläufige Militärverwaltung“ des Generals Cavaglia getreten ist. Ein Personenwechsel zunächst. General Cavaglia wird ohne Zweifel verstanden, daß er Fiume räumen werde, sobald die Ruhe wieder hergestellt und eine Wiederholung eines Abenteuers, wie es das d'Annunzios war, ausgeschlossen erscheint. . . und darüber wird man Zeit gewinnen. Vielleicht genügend Zeit, um Anlaß oder Vorwand zu finden, den Vertrag von Rapallo zu „revidieren“, der u. a. bestimmt, daß die Unabhängigkeit Fiumes von Italien und Südrussien anerkannt wird. Dabei soll freilich nicht verkannt werden, daß der italienischen Seite nach Fiume die Sorge gegenübersteht, Südrussien könnte auf die ungarische Seite fallen. Was sich aus diesem Widerstreit von „saecro egoismo“ und militärischer Sorge entwickeln wird, hängt letzten Endes auch von Zufällen ab, die heute noch nicht in Rechnung gestellt werden können. Die Tatsache bleibt, nur heißt sie diesmal nicht d'Annunzios, sondern General Cavaglia. Über den „Feldzug“ Cavaglias gegen d'Annunzios wird weiter aus Rom berichtet.

Rom, 27. Dezember. Die Zeitungen melden: Eine Gruppe von Legionären aus Fiume erklärte, sich ergeben zu wollen. Als darauf eine Kompanie Alpenjäger vorrückte, geriet sie in einen Hinterhalt und wurde gefangen genommen. Die Alpenjäger verteidigten sich fröhlich. Mehrere wurden verwundet. Die Besatzung der von regulären Truppen besetzten Ortschaften begrüßte die Soldaten als Befreier. Der Torpedobootszerstörer „Epero“ ist in Brand geraten. Aufruhrversuche der Bürger Fiumes wurden blutig unterdrückt.

## Kleine politische Mitteilungen.

Eine Weihnachtsrede Escherichs. Auf der Weihnachtsfeier der Augsburger Einwohnerwehr hielt Herr Escherich eine bedeutende politische Rede, aus der folgendes hervorgehoben zu werden verdient: „Es gibt nichts anderes in der gegenwärtigen Zeit, als den Kampf zweier Weltanschauungen: Die östliche Welt des Bolschewismus steht gegenüber dem Westen, ist gegen andere Kultur und gegen unser Eigentum gerichtet. Vernichtet man das Eigentum und zerstört man den Eigentumsbegriff, so ist es Schluß in dem Staate mit jeder Kultur. Diesen Kampf gegen eine Weltanschauung können wir nicht allein bestehen, wenn wir nicht alle diesen gewaltigen Kampf aufnehmen. Ich habe die Organisation auf den Gedanken des Zusammenschlusses aller ordnungsliebenden Elemente zum Kampfe gegen den Bolschewismus gestellt und zwar darf nicht der Strich gemacht werden zwischen Arbeitern und Bürgern, aber es wird der Strich gemacht zwischen ordnungsliebenden und nicht ordnungsliebenden Elementen. Alle die es gut meinen mit dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes, mit der Einheit des Deutschen Reiches, alle diese müssen sich zu unseren Verbänden bekennen. Vom Arbeiter bis zum Großunternehmer müssen alle zusammenstehen im Kampfe gegen den vernichtenden Bolschewismus.“

Die Forderung der Beamten. Da auf Beschluß der Reichsregierung den Beamten das Januargehalt schon am 15. d. M. ausgezahlt worden ist, besteht nach der „Voss. Ztg.“ die Absicht, die frühere Auszahlung der Gehälter auch für die folgenden Monate anzuordnen. Dies würde im Belen darauf hinauslaufen, daß im Jahre 1921 die Gehälter für 13 Monate gezahlt würden. Die Erwägungen hierüber sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues soll, wie die „Voss. Ztg.“ mitteilt, nicht bis spätestens 1924, sondern bis 1941 erhoben werden. Infolgedessen ist es möglich, die ursprünglich von 15 Prozent des Nutzungswertes der Gebäude berechneten Abgaben auf 5 Prozent des Mietwertes nach dem Stande vom 1. Juli 1914 herabzusetzen und auch den Zuschlag der Gemeinden auf 5 Prozent zu ermäßigen.

Bergarbeiterstreik. Die gesamte Belegschaft des Kohlenbergwerks Alenburg ist, wie das „Berl. Tagebl.“ in der